

„Christen und Juden“ – Erklärung der EKD in Braunschweig.¹

Vor 50 Jahren erklärte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 2. Tagung in Berlin-Weißensee:²

„Wir glauben an den Herrn und Heiland, der als Mensch aus dem Volk Israel stammt. Wir bekennen uns zur Kirche, die aus Judenchristen und Heidenchristen zu einem Leib zusammengefügt ist und deren Friede Jesus Christus ist. Wir glauben, daß Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist.“

„Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.“

Heute können wir aussprechen:

1. Wir glauben, daß Gott, der Schöpfer und Herr der Welt, in Jesus Christus „unser Vater“, Israel als sein Volk erwählt hat. Er hat sich für immer an Israel gebunden und bleibt ihm in der Kontinuität von biblischem Israel und jüdischem Volk treu. Die Jüdinnen und Juden sind uns Zeugen der Treue Gottes.
2. Wir bekennen uns zur Heiligen Schrift Israels, der Bibel Jesu und der Urchristenheit, unserem Alten Testament. Das Christuszeugnis des Neuen Testaments ist Mitte und Quelle unseres christlichen Glaubens. Beide Testamente bilden eine sich wechselseitig auslegende Einheit. Sie sind Grundlage und Richtschnur für die Neubestimmung unseres Verhältnisses zum jüdischen Volk. Wir sind dankbar dafür, daß Jüdinnen und Juden uns durch ihre Auslegung zu einem vertieften Verständnis der Bibel helfen.
3. Wir glauben an Jesus Christus, Sohn Gottes und Glied seines Volkes. In ihm ist der Gott Israels Mensch geworden und hat die Welt mit sich selbst versöhnt.
4. Wir bezeugen unsere Teilhabe an der Geschichte Gottes mit seinem Volk. Unsere Erwählung in Christus ist Erwählung durch denselben Gott, der sein Volk Israel erwählt hat.

1) Erklärung vom 9. November 2000. Vgl. den Kommentar von E. L. Ehrlich in: FrRu 8(2001)153-154.

2) Vgl. FrRu 8/9(1949/1950)18-19.

5. Das Neue Testament bezeugt die eine Kirche aus Judenchristen und Heidenchristen. Wir sehen in unseren christlichen Geschwistern jüdischer Herkunft Zeugen unserer unlöslichen Verbundenheit mit dem bleibend erwählten Gottesvolk Israel.

6. Wir erkennen – bei aller Unterschiedenheit – als Gemeinsamkeit: den Glauben an den Einen Gott – für uns Christen in der Einheit von Vater, Sohn und Heiligem Geist, das Hören und Tun der Gebote Gottes – für uns Christen in der Nachfolge Jesu, die Erwartung des letzten Gerichts und die Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde – für uns Christen verbunden mit der Wiederkunft Jesu Christi.

7. Das Gespräch über den Glauben schließt die Achtung vor der Identität der anderen ein. Die Bemühungen um ein geschwisterliches Verhältnis von Christen und Juden sind eine für Kirche und Theologie zentrale Herausforderung und bleibende Aufgabe.

Buber-Rosenzweig-Medaille 2001 an „Schule Ohne Rassismus“

Seit 1968 wird im Rahmen der Woche der Brüderlichkeit vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) die Buber-Rosenzweig-Medaille vergeben als Würdigung besonderen Engagements für die Verständigung zwischen Christen und Juden. In diesem Jahr ging die Auszeichnung an die Bewegung *Schule Ohne Rassismus*, ein Projekt von Jugendlichen für Jugendliche, 1988 in Antwerpen entstanden aus Überlegungen, wie dem Rassismus der Boden entzogen werden könnte.¹ *Schule Ohne Rassismus* ist heute eine öffentlichkeitswirksame und erfolgreiche Bewegung in Belgien und den Niederlanden und als Pilotprojekt der europäischen Jugendkampagne *all different – all equal* auch in Deutschland, Frankreich und England gestartet worden. In Deutschland ist der Titel bereits an 47 Schulen verliehen worden. Eine *Schule Ohne Rassismus* entsteht dann, wenn sich 70 % der Belegschaft zu einem dezidierten Nein zu Rassismus und zur Vermeidung und Verhinderung allen Formen und Äußerungen rassistischer und diskriminierender Art bekennen und dies, entsprechend ihrem pädagogischen Auftrag, in Initiativen und Projekten gegen Rassismus und zur Verständigung aller Menschen und Kulturen realisieren.

1) Für weitere Informationen: Schule Ohne Rassismus, c/o Aktion COURAGE-SOS-Rassismus, Postfach 2644, 53016 Bonn, Tel. 0228/213061, Fax 0228/262978.

Die Ausrichtung der Eröffnungsfeier sollte daher insbesondere Jugendliche ansprechen. „Mit dieser etwas anderen Form wollen wir ganz bewußt an die jungen Leute herankommen“, so Bürgermeister *Dr. Henning Scherf*, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen in seiner Festrede. Die Laudatio hielt der Sänger *Campino* von der Popgruppe „Die Toten Hosen“. Die zentrale Eröffnungsfeier in Bremen stand auch in Zusammenhang mit der „Bremer Nacht der Jugend“. Diese in der Bundesrepublik einmalige Veranstaltung im Bremer Rathaus will Jugendliche dafür gewinnen, das Erinnern an den Judenmord in Verbindung zu bringen mit eigenem Engagement für eine menschenfreundliche Gegenwart. Unter dem Motto „... denn er ist wie Du“ (Thema der Woche der Brüderlichkeit) stand eine Podiumsdiskussion mit Bildungssenator Willi Lemke, Prof. Dr. Berndt Schaller und Jugendlichen aus Bremen und Haifa zum Thema „Nie wieder Auschwitz. Leben ohne Rassismus“. Am 3. März gab es erstmalig für Bremen eine christlich-jüdische Gemeinschaftsfeier im Jüdischen Gemeindehaus. Die Städtische Galerie präsentierte eine Ausstellung mit Werken der Künstlerin Naomi Markel aus Bremens Partnerstadt Haifa.

Das Themenheft „... denn er ist wie Du“ mit Beiträgen zu entsprechenden theologischen und pädagogischen Fragen, hrsg. vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit (DKR), ist erhältlich unter: DKR, 61214 Bad Nauheim, Postfach 1445, Tel. 06032/91110, Fax 06032/911125.

„Im Gespräch“: Die Zeitschrift der Martin Buber-Gesellschaft

Bubers Leben stand unter dem Motto „Ich habe keine Lehre, aber ich führe ein Gespräch“. Er war nicht im Besitz einer festumrissenen Lehre, einer Theorie, er war kein Philosoph im Sinne der Zunft der Philosophieprofessoren. Seine Schriften waren mehr ein Appell an den Leser, sich auf das einzulassen, was Buber *Wirklichkeit* nannte (Anm. d. Red.: vgl. Maurice Friedman, Buber und Lévinas, in: FrRu 8[2001]94-102). Die vor einem Jahr gegründete Martin Buber-Gesellschaft (vgl. FrRu 7[2000]235) hat das Ziel, Kenntnis und Verständnis für Martin Buber zu wecken und zu vertiefen, sein geistiges Erbe lebendig zu erhalten und das von Buber Intendierte weiterzuentwickeln.

Wie die Gesellschaft, so will auch ihre Zeitschrift das gesamte Spektrum von Bubers Werk behandeln und Bubers „Lebenskreise erhellen“. Der Leitartikel des ersten Heftes (November 2000) „*Es ist nicht genug, daß wir uns empören*“ von Lothar Stiehm ist ein Appell, auch mit rechtsradikalen

Jugendlichen in ein Gespräch zu kommen. Man müsse versuchen, mit ihnen zu reden, „wo immer wir vermögen, immer wieder. Wir müssen es wirklich miteinander zu tun kriegen. Freilich so, daß wir auch das Anderssein akzeptieren.“ Der Autor fordert, man müsse „die Zuwendung wagen – mit Geduld, Leidenschaft, Vertrauen“. Für eine Zeitschrift, die sich besonders einem jüdischen Denker und den schwierigen deutsch-jüdischen Beziehungen im zwanzigsten Jahrhundert widmet, ist dieser Artikel ein beachtlicher Anfang. Er ist ganz im Sinne von Martin Buber geschrieben, dessen Denken und Tun im religiösen Sozialismus beheimatet war, wie ihn auch Paul Tillich (1886-1965), Leonard Ragaz (1868-1945) und Eugen Rosenstock-Huessy lehrten (1888-1973). Die Hinwendung zu der „gebrochenen“ Alltagswelt war diesen Männern besonders wichtig. Zu dieser gebrochenen Welt gehört heute auch das scheinbar nicht zu schlichtende Mißverhältnis zwischen Israel und Palästina.

Martin Buber selbst war es, der von 1918 bis 1965 immer wieder das Gespräch zwischen diesen verfeindeten Parteien gefordert hatte. 1925 war Buber neben Gershom Scholem (1859-1982), Shmuel Hugo Bergman (1883-1975), Hans Kohn (1891-1971), Robert Weltsch (1891-1982) und Arthur Ruppin (1876-1943) aktives Gründungsmitglied des „Friedensbundes“ (hebräisch: B'rit Schalom) in Jerusalem, der sich zur Aufgabe machte, Gespräche zwischen Juden und Arabern zu initiieren „auf der Grundlage einer absoluten politischen Gleichheit der zwei kulturell autonomen Völker“, so die Satzung des Bundes. Und noch kurz vor seinem Tode veröffentlichte Buber im Februar 1965 in der Zeitschrift „New Outlook“ einen Artikel: *„Es ist an der Zeit, einen Versuch zu machen“*. Darin sagt er, das Gelingen der Versöhnung zwischen Arabern und Israelis hänge davon ab, ob sie bereit wären, *„miteinander in ein echtes Gespräch zu kommen, in dem sich gegenseitige Aufrichtigkeit und gegenseitige Anerkennung verbinden. Nur ein solches Gespräch kann zu einer Reinigung der Atmosphäre führen, einer Reinigung, ohne die schon die ersten politischen Schritte auf dem neuen Weg mißglücken würden.“* Auch in der Politik hielt Buber das Gespräch für das wichtigste Mittel zu gegenseitiger Annäherung. Daß die Martin Buber-Gesellschaft und ihre Zeitschrift an die Notwendigkeit erinnern, in allen Situationen des persönlichen, politischen und des gesellschaftlichen Lebens miteinander ins Gespräch zu kommen, verdient Anerkennung.

Friedrich Niewöhner

Gekürzte Fassung des Beitrages „Zeit für einen Versuch“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Febr. 2001, N 5.